

Finanzverwaltung
Datum 03.04.2024

Beschluss-Vorlage 2024/0116 zur Sitzung am 23.04.2024 des HAUPTAUSSCHUSSES

TOP 6 öffentlich

Finanzielle Auswirkungen? Kosten laut Beschlussvorschlag: Euro Kosten lt. Kostenschätzung Euro		Ja	Nein		
		Kosten der Gesamtmaßnahme (nur bei Teilvergaben)		Folgekosten einmalig lfd. jährl. Euro	
					Veranschlagt
im Ergebnis-HH X 2023	im Investitions-HH 2023	mit 160.000 €	Haushaltsansatz Bereits vergeben	160.000,00 € 339.732,67 €	

Der zuständige Referent / Die zuständige Referentin wurde gehört

hat zugestimmt

hat nicht zugestimmt

Sachverhalt:

Im Produktkonto "Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen" werden die Kosten für die Stellenausschreibungen in den Online- und Printmedien im Zusammenhang mit der Personalrekrutierung verbucht.

Im Jahr 2023 wurde dieses Konto im Produkt 1.1.1.5.1. "Personalverwaltung" leider um 112,33% überschritten.

Für die Budgetüberschreitung sind die stark gestiegenen, jedoch notwendigen Ausgaben für Stellenausschreibungen ursächlich. Bedingt durch den Fachkräftemangel konnten Schlüsselpositionen, wie z.B. die Gleichstellungsstelle, die Stelle für Informationssicherheit und Digitalisierung oder die Stelle der kaufmännischen Leitung der Stadtwerke, trotz mehrfach durchgeführter Stellenausschreibungsverfahren nicht besetzt oder - wie im Falle der kaufmännischen Leitung - erst deutlich verzögert besetzt werden.

Auch im Sozial- und Erziehungsdienst mussten viele Stellen, vor allem Führungspositionen, mehrfach ausgeschrieben werden, um geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu rekrutieren.

2024/0116 Seite 1 von 2

Darüber hinaus machte sich der demographische Wandel bemerkbar. Vor allem infolge der Tatsache, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2023 noch in den Genuss der tarifvertraglichen Altersteilzeit kamen und in die Freizeitphase der Altersteilzeit eintraten. Auch deren Stellen mussten im Jahr 2023 wiederbesetzt werden.

Das Ausmaß an nötigen externen Stellenausschreibungen war in dieser Dimension größtenteils nicht zu erwarten bei der Bildung des Ansatzes von 160.000 Euro für 2023. Mit Jahresausgaben von 339.732,67 Euro entstanden somit bei dem Produktkonto 1.1.1.5.1. 543115 überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von insgesamt 179.732,67 Euro.

Diese Mehraufwendungen können im Jahr 2023 durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer gedeckt werden.

Für das laufende Jahr 2024 und die Folgejahre bis 2027 wurde der Ansatz bei 1.1.1.5.1. 543115 auf 270.000 Euro p. a. erhöht. Zum 15.04.2024 wurden vom neuen Jahresansatz 22,23 % ausgeschöpft.

Vorschlag zum Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt die entstandenen Mehraufwendungen bei dem Produktkonto 1.1.1.5.1. 543115 (öffentliche Bekanntmachungen) in Höhe von insgesamt 179.732,67 Euro. Mit der vorgeschlagenen Deckung über das Produktkonto 6.1.1.1.0. 401300 (Gewerbesteuer) besteht Einverständnis.

René Mroncz- Markus Sperber - Michael Baumhakl

genehmigt OB

2024/0116 Seite 2 von 2